Tägliches
Cincinnatier Volksblatt

Briefe an das „Volksblatt" sind zu adressiren:
CINCINNATIER VOLKSBLATT, BOX 228
CINCINNATI, OHIO.

Haupt-Offices:
No. 127 Ost Siebente Straße.
CINCINNATI, O.
Geschäfts-Departement....Telephon Canal 2024
Redaktion.....Canal 2045

Zweig-Offices:
Covington, Ky., 509—511 Madison Avenue.
Telephon South 3254
Newport, Ky., 339 York Str., Tel. South 2401

Oestlicher und westlicher Vertreter
Howard C. Storb
New York — 1108 Fünfte Avenue Gebäude.
Chicago — 664 Peoples Gas Gebäude.
Philadelphia — 924 Arch Straße.

Samstag, den 11. Juli 1914.

Die Progressiven von New York, mit Perkins an der Spitze, bieten alle Beredsamkeit und allen Einfluß auf, um Roosevelt zu veranlassen, daß er die Gouverneurs-Kandidatur annehme. Er verhält sich aber entschieden ablehnend. Das Argument, mit dem man ihn jetzt bearbeitet, ist der Schreckschuß, daß Sulzer, der nach seiner Absetzung als demokratischer Gouverneur zu den Progressisten übergegangen und auch als solcher in die New Yorker Legislatur gewählt worden ist, die Nomination als progressiver Gouverneurs-Kandidat erlangen werde, wenn Roosevelt das nicht verhindere, indem er selbst die Nomination annimmt. Aber auch das scheint nicht gewirkt zu haben. Offenbar hält Roosevelt die Sache für zu riskant. Seine Partei hat in der letzten Gouverneurswahl sehr schlecht abgeschnitten und seitdem hat die Partei, wie verschiedene Lokalwahlen erwiesen, eher an Anhang verloren, als zugenommen. Roosevelt fürchtet, daß er jetzt nicht durchdringen kann, was seine Präsidentschafts-Kandidatur aussichtslos machen würde. Er will sich daher zwei Jahre Zeit lassen, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten.

Die Erledigung des mexikanischen Problems geht schnell von Statten. Die Konstitutionalisten rücken siegreich von einer Position zur anderen vor und es würde nicht überraschen, wenn sie schon in vierzehn Tagen ihren Einzug in die mexikanische Hauptstadt hielten. Die Demoralisation bei den Huertaisten ist derart, daß sie keinen energischen Widerstand mehr wagen und sogar haufenweise zu den Konstitutionalisten übergehen. Das entbehrt den Präsidenten der Nothwendigkeit, sich weiter mit den Angelegenheiten im Nachbarlande zu beschäftigen. Die Absicht wird ihm zugeschrieben, Carranza zu einer Verständigung mit Huertas Anhang zu veranlassen, um solcher Weise einen beständigen Frieden zu sichern. An und für sich ist der Plan aussichtslos und sogar gegen alle Vernunft. Sieger lassen sich nicht auf Unterhandlungen mit den Besiegten ein und dann ist nicht verständlich, daß die Ver. Staaten ein Recht haben sich in die inneren Angelegenheiten Mexikos einzumischen, wie auch kein Grund ersichtlich ist, warum Carranza nicht im Stande sein sollte, einen befriedigenden Zustand wieder herzustellen. Das Programm, wie das zu bewerkstelligen wäre, hat er sich selbst vorgeschrieben, wie es auch aus den inneren Verhältnissen des Landes sich von selbst ergibt. Die Ursache der Unruhen liegt in dem Peonen-System. Die Peonen wollen selbstständige Kleinbauern werden. Daß Carranza diesen Wunsch erfüllen wird, geht daraus hervor, daß er die Reform bereits in verschiedenen Gegenden, wo die Umstände es gestatteten, eingeführt hat und daß er dabei in civilisatorischer Weise zu Werke geht, ist daraus ersichtlich, daß er für eine reichliche Entschädigung der enteigneten Großgrundbesitzer Sorge getragen hat, so daß diese unter dem neuen System sich thatsächlich besser stehen werden, als unter dem alten. Wenn in dieser Weise arm und reich befriedigt sind, so bürgt das für einen dauernden Frieden, an welchem mitzuwirken die Ver. Staaten keinen Beruf und keine Berechtigung haben.

In Washington erzählt man sich von einem bevorstehenden Aufstand auf den Philippinen und der Präsident soll mit dem Kongreß-Deputirten jener Inseln eine Berathung darüber gehalten haben. Der thatsächliche Sachverhalt ist, daß das philippinische Volk die sofortige Unabhängigkeit verlangt und die Partei, welche diese Forderung vertritt, bei Weitem die Majorität im philippinischen Kongreß besitzt. Ferner ist unzweifelhaft, daß eine Erregung besteht, an welcher die demokratische National-Konvention die Schuld trägt. Diese hat in ihrer Plattform sofortige und völlige Unabhängigkeit für die Philippinen versprochen. Was eine unverantwortliche National-Konvention thut, kann für verantwortliche Gesetzgeber nicht maßgebend sein. Als daher der demokratische Kongreß sich anschickte, eine der Plattform entsprechende Bill für die Philippinen auszuarbeiten, drang die Einsicht durch, daß es unmöglich wäre, den Filipinos absolute Unabhängigkeit zu gewähren und ihnen nicht mehr zugestanden werden kann, als völlige Unabhängigkeit in inneren Angelegenheiten, die Souveränität der Ver. Staaten über die auswärtigen Angelegenheiten aber beibehalten werden müsse. Die Filipinos nennen das einen Wortbruch und sind darüber empört. Ein Gerücht geht, daß bereits Kriegsmaterial auf den Inseln gesammelt wird und ein neuer Aguinaldo in Bereitschaft ist, die Ver. Staaten von den Inseln zu vertreiben. Der philippinische Deputirte gibt zu, daß solche Absichten auf den Inseln vorherrschen, aber er ist überzeugt, daß der Ausbruch verhindert werden kann, wenn die jetzt vorliegende Bill angenommen wird, welche die innere Herrschaft der Ver. Staaten aufhebt, so daß die Filipinos, mit Ausnahme der auswärtigen Angelegenheiten, absolute Kontrole über die Inseln erlangen. Wir glauben, daß der filipinische Deputirte den Sachverhalt richtig darstellt, was es dem Kongreß zur Pflicht macht, die Bill noch in dieser Sitzung zu passiren, was auch ohne den Zwang der Volkserregung hätte geschehen sollen. Die Kontrole über die auswärtigen Angelegenheiten müssen aber die Ver. Staaten beibehalten, denn mit dem Augenblick, da wir sie aufgeben, ist zu erwarten, daß die Japaner von den Inseln Besitz ergreifen werden.

Der diktatorische Präsident.

In Washington braut Krieg. Die demokratischen Senatoren wollen dem Präsidenten zeigen, daß er nicht ihr Herr ist und den Anfang haben zwei Demokraten im Senats-Kommittee für Banken gemacht, indem sie gegen die Nomination von Thomas D. Jones aus Chicago zum Mitglied der Bank-Beaufsichtigungsbehörde stimmten, wodurch sich eine Majorität gegen denselben ergab. Zugleich stimmten die zwei Senatoren dafür, die Nomination des New Yorker Bankiers Warburg für einen Posten in derselben Behörde unerledigt liegen zu lassen. Der Präsident ist über diese Zurückweisung sehr erbittert, da er sie für unberechtigt hält und weil er diese beiden Herren dringend der Behörde beigegeben zu sehen wünscht. Er wird es bei der Verwerfung durch das Kommittee nicht bewenden lassen, sondern die beiden Nominationen vor den Senat bringen. Dort, heißt es, werde der Präsident ebenfalls kein Glück haben. Viele demokratische Senatoren seien entschlossen, der Diktatur des Präsidenten ein Ende zu machen, die sie bei der Erledigung der Tarif- und Finanz-Bill, wie auch bei den peremptorischen Forderungen des Präsidenten, die Trust-Bills noch in dieser Sitzung zu verabschieden, empfunden haben wollen.

Das Kapitel von dem diktatorischen Präsidenten begann in der Roosevelt'schen Administration und die Klagen hatten damals ebenso wenig Berechtigung wie jetzt. Die Diktatur bestand darin, daß Roosevelt mit Entschiedenheit auf einer Reform des Eisenbahnwesens bestand und daß er die Senatoren durch Einberufung einer Extra-Sitzung zwang, sich mit der Bill, die sie verworfen hatten, nochmals zu beschäftigen und sie wurde schließlich angenommen. Warum haben die Senatoren sich gefügt? Wenn sie glaubten, daß sie sich im Rechten befanden, wäre es verächtliche Feigheit gewesen, dem Willen des Präsidenten zu gehorchen. Sie gaben nach, weil sie wußten, daß sie im Unrecht waren und weil ihnen das Volk von allen Seiten zurief, daß sie den Präsidenten nicht im Interesse der Nation, sondern der großen Korporationen bekämpften. Als sie sich der Gerechtigkeit unterworfen hatten, nannten sie Roosevelt einen Diktator.

In gleicher Weise verhält es sich mit der Willkür des jetzigen Präsidenten. Als die Demokraten im Kongreß an die Berathung des Tarifs schritten, offenbarte sich die alte Wahrnehmung, daß Jeder Schutzzoll für seinen Bezirk und Freihandel für die Bezirke der anderen Mitglieder wollte. Auf diese Weise konnte man keinen neuen Tarif zu Stande bringen. Das nöthigte den Präsidenten, einen Tarif auszuarbeiten, der nach seiner Ansicht Licht und Sonne gleichmäßig vertheilte und hierfür die Unterstützung seiner Partei zu fordern. Als der Präsident damit durchgedrungen war, nannte man ihn einen Diktator.

Noch schlimmer ging es mit der Finanz-Bill zu. Die Populisten des Südens und Westens brachten ihre alten Inflations-Pläne vor, welche das Land schon mehrmals in den Bankerott getrieben hatten. Auch in diesem Falle mußte der Präsident einschreiten und einen Plan ausarbeiten, der die beiden Klippen der ungebührlichen Begünstigung des Großkapitals und der inflationistischen Absichten vermied. Damals waren die Populisten schon in heller Empörung, ließen sich aber zuletzt beschwichtigen, was sie aber nicht hinderte, die Finanz-Bill als ein Produkt der Diktatur des Präsidenten hinzustellen, in Wirklichkeit aber war es ein Sieg der Vernunft über die Unvernunft.

Jetzt sind viele Senatoren erzürnt, weil der Präsident ihnen nicht gestattete, nach Haus zu gehen und ihre politischen Interessen wahrzunehmen, sondern sie zwingt, in Washington zu bleiben und die Trust-Bills zu verabschieden. In diesem Falle war es eine Feigheit, daß die Demokraten im Kongreß sich dem Präsidenten unterwarfen. Dem Lande hätte es nichts geschadet, wenn die Trust-Bills bis zur nächsten Sitzung zurückgeblieben wären. Aber wenn die Demokraten sich unterworfen haben, so steht es ihnen nicht zu, über Diktatur zu klagen, sie können sich nur selbst der Feigheit anklagen.

In dem vorliegenden Falle, in welchem die revolutionäre Gährung zum Ausbruch kommen soll, handelt es sich um nichts anderes als Demagogie von der ordinärsten Sorte. Die fünf Republikaner im Kommittee, die gegen Jones und Warburg stimmten, thaten das blos, um den Aerger in der demokratischen Partei gegen den Präsidenten zu schüren. Die zwei Demokraten, die gegen den Präsidenten stimmten, kommen aus populistischen Staaten und befürchten nachtheilige politische Folgen für sich, wenn sie für einen Direktor des Erntemaschinen-Trusts, wie Jones und einen New Yorker Bankier, wie Warburg stimmen. Darüber ist der Präsident mit Recht erbittert. Er hat sicherlich zur Genüge erwiesen, daß er kein Vertreter großkapitalistischer Interessen ist und daß ihm die Wohlfahrt des des Volkes zum Mindesten ebenso am Herzen liegt, wie den Senatoren Hitchcock und Reed. Daß er sich für Jones und Warburg entschieden hat, geschah, weil er über ihre Vergangenheit Nachforschungen angestellt und sich überzeugt hatte, daß sie in der Behörde, in welche er sie einzusetzen versucht, in seinem Sinne wirken würden. Daß er die Genannten den Kreisen entnommen hat, gegen welche Anstand erhoben wird, geschah aus dem sehr naheliegenden Grunde, daß die Männer für den beabsichtigten Zweck in anderen Kreisen nicht zu finden sind. Er braucht in allererster Reihe einen Bankier, der im internationalen Bankgeschäft gut bewandert ist. Dazu kann er keinen Landbankier brauchen, sondern er kann ihn nur in New York in den Großbanken finden, die allein in diesem Lande mit auswärtigen Banken Geschäfte machen. Für den Zweck, den der Präsident mit Jones beabsichtigt, ist kein Populist verwendbar, sondern ein Mann, der als Großkapitalist thätig gewesen ist und der die Schliche sowohl, wie die Bedürfnisse des Großkapitals kennt. Noch ärgerlicher empfindet der Präsident die Zurückweisung aus dem Grunde, daß er nicht weiß, wo er andere Männer hernehmen soll, denn Großbankiers und Großkapitalisten reißen sich nicht um Regierungsposten. Als Jones und Warburg die Nomination annahmen, thaten sie das mit dem Bewußtsein, daß sie ein großes persönliches Opfer brachten und es gibt nur sehr Wenige, die Willens sind, solche Opfer zu bringen.

Es ist daher nicht ein diktatorischer Wille, der den Präsidenten veranlaßt, auf den Nominationen zu bestehen, sondern ein dringender Zwang. Er kann nicht zugeben, daß die Interessen des Volkes durch elende Demagogie beeinträchtigt werden und es ist daher zu wünschen, daß er im Kampf im Senat durchdringen möge. Ganz besonders erwarten wir, daß die Republikaner im Senat nicht das schlechte Beispiel ihrer Parteigenossen im Kommittee befolgen, sondern dem Präsidenten zu Hilfe kommen werden, denn aus alter Erfahrung sollte ihnen bekannt sein, daß der populistische Blödsinn, gegen welchen der Präsident jetzt anzukämpfen hat, nur durch das Zusammenwirken der besonnenen Elemente in beiden Parteien sich überwinden läßt.

Ist Oesterreich lebensfähig?

Wien, 30. Juni.

Engelbert Pernerstorfer schrieb vor kurzem in einem interessanten Feuilleton über Grillparzer den Politiker: „Wenn Grillparzer die österreichische Gegenwart erlebt hätte, so müßte er stracks an ihr sterben. Sein schwarzgelbes Herz müßte brechen, wenn ihm zum Bewußtsein käme, daß seine ganze Vorstellung von Oesterreich zusammengebrochen ist. Denn er war ein Nuröesterreicher, eine Art von Leuten, die zum Aussterben verurtheilt ist. Die letzten fünfzehn Jahre haben das wahre Wesen Oesterreichs entnüllt. Wir sehen es heute nicht mehr als einen Organismus, sondern als ein Konglomerat." Ein Konglomerat, das ist ein von außen zusammengepreßtes, von keiner inneren Kraft zusammengehaltenes, bei der Aufhebung des äußeren Drucks auseinanderfallendes, naturwidriges Gebilde. Auf ein Staatswesen angewandt: ein den natürlichen Gesetzen der Staatenbildung zuwider künstlich zusammengebrachtes, nach denselben natürlichen Gesetzen unweigerlich dem Verfall preisgegebenes Monstrum, ein Scheinstaat, für seine eigenen Bürger ein Unglück, für die Nachbarn ein Anreiz zur Zerstörung und Eroberung. Ist das wirklich die alte Habsburger-Monarchie? Und sollte ein Sozialdemokrat, ein unbedingter Pazifist so leichthin das Wort in den Mund nehmen, das eine Reihe der schwersten europäischen Katastrophen ankündigen würde, wenn man daraus die Konsequenzen zöge? Wir halten es für wichtig, dies Wort, das in anderer Fassung heute auch in der französischen und slavischen Publizistik wieder eine Rolle spielt, einer unbefangenen Prüfung zu unterziehen. Denn ein Irrthum könnte die verhängnißvollsten Folgen haben, für den Irrenden selbst wie nicht minder für die Opfer seines Irrthums.

Mindestens den gleichen Kurswerth wie das Wort von dem „innereuropäischen Mazedonien" hat noch das andere von der „europäischen Nothwendigkeit" und von dem Staate, der „erfunden werden müßte, wenn er nicht schon existierte". Das sind staatsmännische Prägungen, die minderen Temperaments- aber stärkeren politischen Gedankengehalt haben und die diesem Staate mindestens eine Funktion zuweisen, nämlich die, Schlimmeres zu verhüten, das eintreten könnte und müßte, wenn er einmal seinen inneren Zusammenhalt verlieren sollte. Aber von der bloßen Nothwendigkeit für Andere kann ein Staat nicht leben, er muß auch eine Staatsidee für seine eigenen Völker haben, eine Idee, die ihnen diesen Staat werthvoller macht als jede andere erreichbare Gestaltung.

Gibt es eine solche Staatsidee des Habsburger Reiches? Wir wollen sehen! Polen, Ruthenen, Magyaren und Tschechen hätten außerhalb Oesterreich-Ungarns nicht einmal die Möglichkeit einer unabhängigen Existenz; aber auch für die anderen Nationalitäten und Völker, die sich zur Noth an national homogene Nachbarstaaten anschließen könnten, hat die Zugehörigkeit zur Großmacht der Habsburger einen Werth, der sich nicht ohne weiteres durch die größere Befriedigung des Nationalgefühls im national einheitlichen Kleinstaate kompensieren läßt. Welchen? Nun, von der Schweiz abgesehen, die ganz andere Existenzbedingungen hat, ist Oesterreich der einzige Staat, der den Versuch macht, Völker verschiedener Abstammung und Kultur auf der Grundlage der nationalen Eigenberechtigung zu friedlichem Zusammenleben zu vereinigen und ihre Kräfte für die Gesammtwohlfahrt im Rahmen einer Großmachtbildung zusammenzufassen. Das ist schon eine sehr schöne positive Staatsidee, und wenn der Versuch nicht durchaus gelungen ist, wenn periodische Krisen oft genug das ganze dualistische Gebilde erschüttern, so liegt das nicht an der etwaigen Unmöglichkeit, die Idee selbst praktisch durchzuführen, sondern daran, daß der relative Gleichgewichtszustand in den Bestrebungen der Völker, sich ohne Rücksicht auf die anderen auszuleben, noch nicht gefunden ist, liegt zweifellos auch an einer falsch gerichteten Politik, die es zu diesem Gleichgewichtszustande nicht kommen läßt. Man könnte behaupten, die Idee des Nationalitätenstaates mache nur aus der Noth eine Tugend und deklariere als Prinzip, was in Wahrheit eine Kalamität sei. Das mag für heute und morgen zugegeben werden, solange eben die nationalen Reibungen noch dauern und das nationale Prinzip im Völkerleben ausschließliche Geltung hat. Aber ist das nationale Prinzip in Wahrheit für alle Zeiten das fruchtbarste und höchste Gesetz des menschlichen Zusammenlebens? Ist nicht nach der Sicherung der völkischen Existenz jeder Nation eine internationale kulturelle Polyphonie denkbar, die erst eine wahrhaft humane Kultur ermöglicht? Und könnte nicht der Staat, der infolge seiner Zusammensetzung gezwungen war, seine Völker zur nationalen Toleranz zu erziehen, dann einen ethischen Vorsprung vor den anderen, national einheitlichen haben? Da wäre also die „Funktion" des Habsburgerreiches in Europa gegeben im engeren Rahmen das Vorbild einer späteren alleuropäischen Völkergemeinschaft zu liefern. Gerade dem in die Zukunft gerichteten sozialistischen Denker mußte eine solche Staatsidee wohlgefällig sein, mag sie nun von den Herrschenden schon erfaßt sein oder nur im Wesen der Dinge liegen und später erst klar ins Bewußtsein treten. Dem nur das Gegenwärtige schätzenden „Realpolitiker" aber muß es genügen, daß einzig die Existenz der österreich-ungarischen Großmacht den aggressiven Panslavismus hindert, über die Karpathen hinweg bis zum Balkan zu fluthen, Nord- und Südslawen — sehr zu deren Nachtheil — unter russischem Szepter zu vereinigen und in ganz Osteuropa die russische Diktatur aufzurichten. Lockt eine solche Perspektive den Demokraten und Sozialisten? Und könnte das östliche Europa eine derartige russische Absperrung vom asiatischen Boden ertragen? Die Nothwendigkeit Oesterreich-Ungarns ist schon dadurch erwiesen, daß ohne dies Reich die Völker des Donaubeckens, statt sich in den parlamentarischen Vertretungskörpern das Leben schwer zu machen, mit wirklichen Kriegswaffen gegeneinander kämpfen, oder was noch wahrscheinlicher ist, sich so lange gegenseitig zerfleischen würden, bis Rußland sie allesammt in seinen großen Sack gebracht hätte. Ein Staat aber, der eine unbedingte Nothwendigkeit für die Gegenwart ist und eine schöne Aufgabe für die Zukunft hat, kann unmöglich ein naturwidriges Konglomerat genannt werden.

Wissen und fühlen aber auch die Völker Oesterreichs, daß ihr Staat kein Leichnahm, sondern ein lebendiger, zweckdienlicher Organismus ist? Darauf läuft ja am letzten Ende die Frage der Lebensfähigkeit eines Staatswesens hinaus, ob seine Glieder sich für seine Existenz einzusetzen bereit sind. Nun, gerade in den jüngsten europäischen Krisen hat sich gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit der österreichischen Völker weit über das von der Staatsleitung beanspruchte Maß hinaus bereit waren, die Interessen und das Ansehen des Reiches zu wahren, und in den jüngsten Delegationen sind nicht nur im Vergleich zur Leistungsfähigkeit der Völker enorme Summen für die Wehrmacht fast ohne Widerspruch bewilligt, es ist auch die Politik des Reiches fast ausschließlich von dem Standpunkt aus angegriffen worden, daß sie nicht energisch, nicht „ehrenvoll", nicht imperialistisch genug gewesen sei. Das beweist schließlich mehr als das landesübliche Geraunze über die wahrhaftig nicht erfreulichen öffentlichen Zustände, mehr auch als der giftige, seit Jahrzehnten fast ununterbrochene, jede politische Entwicklung hemmende Völkerhader. Untereinander bekämpfen sich diese Stämme und Völkerschaften erbittert als je Preußen und Bayern; Ostelbier und Süddeutsche; ja sie möchten, in der Theorie wenigstens, gerne den auswärtigen Verwandten zu Hilfe rufen, um den inländischen Nachbar unterzukriegen, aber nur ein verschwindender Bruchtheil steht wirklich mit seinen Gefühlen und Handlungen im — mehr oder minder bezahlten — Dienste des Auslandes. Wer immer heute den Zerfall Oesterreichs, die Möglichkeit seiner Auftheilung oder auch nur die Abblätterung seiner Grenzen in seine Rechnung stellt, der rechnet bedenklich falsch und kann seine bitteren Enttäuschungen erleben.

Diese Darlegung würde ihren Zweck verfehlen und womöglich für einen Ausfluß des Byzantinismus gehalten werden, sagten wir nicht auch, warum Oesterreich das klägliche Schauspiel eines politisch gelähmten, von Fieber geschüttelten Kranken bietet, der so leicht mit einem Sterbenden verwechselt werden kann. Oben deuteten wir schon an, daß der Gleichgewichtszustand der völkischen Bestrebungen innerhalb des Staates noch nicht erreicht sei, was an sich begreiflich ist, da der Uebergang von einem deutsch-zentralistisch-absolutistischen zum konstitutionell-demokratischen, national-indifferenten Regime vollzogen werden mußte, und die lange in ihrer Entwicklung gehemmten nichtdeutschen Völkerschaften nun das Versäumte in rücksichtslosem Sturmlaufe nachholen wollen. Minder natürlich und begreiflich aber ist, daß die wechselnden Regierungen zur Milderung der Gegensätze nicht nur nichts beitrugen, sondern aus Abneigung gegen den sich vorbereitenden, aus einem Ausgleich der Völker von selbst hervorgehenden Parlamentarismus nach dem alten Prinzip des divide et impera insgeheim jede Ausgleichsaktion vereitelt haben. Das Schlimmste und geradezu Selbstmörderische aber ist, daß feudalklerikale, antideutsche Tendenzen und eine falsch verstandene dynastische Politik, die in der Schwächung der Deutschen den sichersten Schutz gegen die Anziehungskraft des Deutschen Reichs erblickte, zusammen die slavische Begehrlichkeit steigern und die Deutschen aus der Stellung des bevorrechteten Staatsvolks in die einer gedrückten, ihrer nationalen Existenz kaum mehr sicheren Minorität zu werfen bestrebt sind. Der slawische Ansturm und die deutsche Abwehr wurden schließlich zum Zentralproblem der österreichischen Politik und heute läßt sich die ganze österreichische Misére auf die eine Formel bringen: Gelingt es den Tschechen, den Widerstand der Deutschen gegen das böhmische Staatsrecht und die allmähliche Tschechisierung Deutschböhmens zu brechen, oder gelingt es den Deutschen, die nationale Abgrenzung ihres Gebietes ohne Zugeständnis an die tschechische Eroberungssucht zu erzwingen? Die Regierung thut alles, die Deutschböhmen zu isoliren und einzugreifen; sie verweigert trotz weitgehender Inanspruchnahme altabsolutistischer Scheinrechte jede in ihrem eigenen Wirkungskreis gelegene administrative Aktion, die von den Tschechen als Minderung der ihnen zugewendeten Hofgunst gedeutet werden könnte — das seit dreißig Jahren fällige deutsche Kreisgericht in Trautenau ist heute noch nicht errichtet — sie arbeitet im Norden für die Tschechen gegen die Deutschen, im Süden für die Südslawen gegen die Italiener. Das ist freilich eine auf Dauer unmögliche Politik, denn sowohl wie Deutsche als Italiener haben an ihren Volksgenossen außerhalb des Reichs genug moralisch-kulturellen Rückhalt, um der obrigkeitlich geförderten Slawisirung den äußersten Widerstand entgegensetzen zu können. Diese unmögliche und schließlich auch die Bündnisse und den Frieden gefährdende Politik aber ist die eigentliche Ursache der Krankheit Oesterreichs; sie ist der Pfahl im Fleische des immer noch stärksten und wichtigsten Volkes der Monarchie, und so lange dieser Pfahl immer tiefer ins Innere getrieben statt herausgezogen wird, kann auch die eiternde Wunde nicht schwinden, ja schließlich kann eine wirkliche Blutvergiftung und Zersetzung aller Lebenskräfte eintreten.

Aber mit einer solchen Behandlung könnte man auch den gesündesten, einheitlichsten zweifelfreiesten Nationalstaat zugrunde richten; sie beweist also nicht das geringste gegen die Möglichkeit und Lebensfähigkeit eines naturgemäß regierten Oesterreich. Die Lahmlegung der wichtigsten Vertretungskörper des Reichs beweist, daß die Krise ihren Höhepunkt erreicht und die Wunde geschlossen werden muß. Dazu bedarf es nur eines einzigen Entschlusses der obersten Stellen, der allerdings allem, was seit einem Menschenalter geschieht, diametral entgegengesetzt sein muß, und das scheinbar zerfallende, zerrüttete Oesterreich wird ein gesunder, fortschrittsfähiger Staat. Diesen Glauben muß man festhalten und immer wieder predigen; die These von dem Leichnam, dem nicht zu helfen ist, von dem Konglomerat, das zerfallen muß, ist unrichtig und hilft nur den Gesundbetern, die so lange jede rettende Operation verhindern, bis wirklich das Unheil eintritt.

Briefkasten.

Wieviel Millionen ist eine Milliarde?

1000 Millionen.

Die neuen Lokalitäten des
Volksblatt
befinden sich jetzt in
127 Ost Siebente Str.
nahe der Main Straße.

Lokal-Bericht

Frieden

Hat die Parkkommission mit der Musiker Schutzgesellschaft geschlossen.

Die Kontroverse zwischen der Parkkommission und der Musiker-Schutzgesellschaft ist zu Ende. Präsident Frank Lohmann von der Musiker-Schutzgesellschaft und Sekretär Hodgkinson von der Parkbehörde haben ein Abkommen unterzeichnet, laut welchem von nun an in den Parks ausschließlich Unionmusiker konzertiren werden.

Bekanntlich hatten die Unionmusiker sich geweigert, in den Parks zu spielen, da sechs Konzerte an die Kapelle des Ersten Milizregiments, die ausschließlich aus nicht zur Union gehörigen Musikern besteht, vergeben worden waren. Die Parkkommission hatte daraufhin sich die Dienste der Park Band und der City Band gesichert, die fast ausschließlich aus Mitgliedern der Shriner und der Freimaurer-Kapelle bestanden. Die Musiker-Schutzgesellschaft hatte auf Grund eines früher getroffenen Abkommens, laut welchem diese beiden Kapellen sich verpflichtet hatten, nicht mit Union-Musikern in Konkurrenz zu treten, wofür ihnen gestattet worden war, in Freimaurer-Paraden mit Union-Kapellen zu marschiren, den nöthigen Druck auf diese Leute ausgeübt, um sie zum Aufgeben ihrer Kontrakte zu veranlassen, und der Friede mit der Parkkommission wäre bereits früher geschlossen worden, wenn nicht eine andere Nicht-Union-Kapelle sich sehr unnachgiebig gezeigt hätte. Schließlich gelang es auch diese Musiker, soweit die Parkkonzerte in Betracht kommen, auszuschalten, und für den Rest des Sommers werden ausschließlich Unionmusiker in den Parks konzertiren. Heute Nachmittag giebt Esberger's Kapelle unter der Leitung von Kapellmeister Charles Esberger jr. ein Konzert im Burnet Woods Park, und wird bei dieser Gelegenheit das folgende Programm zur Durchführung bringen:

Marsch „Our Republic" . . Esberger
Ouverture „Triumphate", Rubinstein
Polnischer Tanz No. 1, Scharwenka
Potpourri aus „Carmen" . . . Bizet
Potpourri aus „Sweetheart", Hubert
Kornetsolo (ausgewählt)
Herr Carl Palis.
Lumoreske . . . . . Dvorak
Lamb's Marsch . . . . . Sousa
Ouverture zu „Wilhelm Tell", Rossini

Am Sonntag Abend giebt Esbergers Kapelle unter der Leitung von Kapellmeister Charles Esberger jr. ein Konzert auf dem Hanna Spielplatz, das um halb acht Uhr beginnt. Das zur Durchführung gelangende Programm ist wie folgt:

Marsch „Die österreichische Armee" . . . . . Eilenberg
Ouverture zu „Dichter und Bauer" . . . . . Suppe
Walzer „Moonlight on the Hudson" . . . . . Hermann
Potpourri aus „Faust" . . Gounod
Potpourri aus „The Pink Lady" . . . . . Carryll
Kornetsolo (ausgewählt)
Herr Carl Palis.
Lieder-Potpourri . . . . Remick
Niebelungen . . . . . Wagner

Hofer's Kapelle giebt am Sonntag Abend um halb acht Uhr unter der Leitung von Kapellmeister John Hofer ein Konzert im Sinton Park und wird das folgende Programm zu Gehör bringen:

Marsch „Fourth Bataillon", ... Wehrmann
Ouverture zu „Dichter und Bauer" . . . . . Suppe
Konzertwalzer „June" (neu) . Baxter
Große amerikanische Phantasie, Bendix
Liederpotpourri . . . . . Lampe
Kornetsolo (ausgewählt).
Herr John Lampe.
Ther's a Girl in the Heart of Maryland . . . . . Carroll
I'm on my Way to Mandalay", Feist
„The Modern Master" . . Barnard

Im Eden Park wird am Sonntag Nachmittag John C. Weber's Kapelle unter der Leitung von Kapellmeister Hermann Bellstedt das folgende Programm zur Durchführung bringen:

Marsch „Reign of Freedom" (neu) . . . . . Bellstedt
Ouverture zu „Nebukadnezar" . Verdi
Loin du Pays . . . . . Berger
Mercedes . . . . . Berger
Marinelieder - Potpourri . . Hall
Potpourri aus „Bohemian Girl" . . . . . Balfe
Solisten: Flöte, Herr Rodeman; Es-Klarinette, Herr Carr; B-Klarinette, Herren Schuett und Schath; Kornet, Herr Kohlmann; Euphonium, Herr Groß.
Kornetsolo: „Mary You're a Little Bit oldfashioned" . . . Marshall
Hermann Bellstedt.
Serenade . . . . . Herbert
Opern-Potpourri . . . Safranek

Sterblichkeitsbericht.

William A. Wiggans, 75 Lower River Road; Altersschwäche.

Hubert Gott, 78, 1327 Linn Str.; Altersschwäche.

Augusta Frey, 73 St. Marien Hospital; Herzleiden.

Elisabeth Klapproth, 63, 2345 Clifton Avenue; Krebs.

Alice Burgeon, 30, College Hill; Herzleiden.

John Schuler, 74, 10 Ost Clifton Avenue; Inquest in Schwebe.

John Menninger, 6, 3755 St. Lawrence Avenue; Drüsenentzündung.

Picnic in Westwood.

Die Deutsche Presbyterische Gemeinde zu Westwood veranstaltet ein Picnic zum Besten der Gemeinde am Samstag, 11. Juli, von 2 bis 10 Uhr Abends auf dem schönen Platz des Herrn J. Gambel, an Montana und Craig Ave. Für Erfrischungen, Unterhaltung und Musik wird gesorgt. Die Damen der Gemeinde werden ein echt deutsches Supper serviren. Gambels Platz ist leicht mit der Westwood Straßenbahn zu erreichen. Alle Glieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Nach seiner Frau geschossen.

Große Aufregung herrschte gestern in dem 2000 Geviert der Eastern Ave., als Herman Heilemann, von No. 2137 Eastern Avenue, drei Schüsse auf seine Frau abfeuerte, glücklicherweise ohne sie zu treffen. Das Ehepaar war, wie es öfter der Fall gewesen sein soll, in Streit gerathen, da der Mann dem Trunke ergeben sein soll. In maßloser Wuth zog der Mann seinen Revolver und feuerte auf seine Frau. Laut aufschreiend, stürzte die Frau auf die Straße und rief um Hilfe. Passanten und Polizisten drangen in das Haus ein, wo sie Heilemann, den noch rauchenden Revolver in der Hand, antrafen und in Haft nahmen. Heilemann, welcher 47 Jahre alt ist, wurde unter der Anklage des Abfeuerns von Schußwaffen innerhalb der Stadtgrenzen und des unordentlichen Betragens eingesperrt.

Plötzlich verstorben.

Der Coroner wurde gestern von dem plötzlichen Ableben des 40 Jahre alten Ungarn Opraba Cyprian, von No. 409 Betts Straße, benachrichtigt. Der Mann erkrankte am Donnerstag unter Krämpfen und starb gestern Vormittag. Eine Untersuchung seitens des Coroners ist eingeleitet.

Vermißt.

Seit Donnerstag ist die 27 Jahre alte Frau Stella Cauliflower aus ihrer Wohnung, No. 523 Carr Straße, verschwunden. Die Frau brachte am Donnerstag Morgen ihren drei Jahre alten Sohn nach der Kinderheimath, von wo sie ihn am Abend wieder abholte und erklärte, daß sie des Kampfes ums Dasein müde sei und sich dahin ausließ, daß sie in den Fluß springen wolle. Die Frau kehrte nicht nach ihrer Wohnung zurück. Detektivs wurden beauftragt, auf die Verschwundene zu fahnden.